

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 8, 2026

1. Niedersachsen

1.1. Emden: Zweite Moschee feierlich eröffnet

Seit 2009 gibt es in Emden die Eyüp-Sultan-Moschee des DITIB-Verbands am Bahnhofplatz. Nun wurde in der Neutorstraße eine zweite Moschee feierlich eröffnet.

Die neuen Räume befinden sich in einer ehemaligen Spielothek im Stadtzentrum. Sie wurde von den Mitgliedern der Gemeinde saniert und umgebaut. Eine zweite Moschee in Emden sei nötig geworden, weil der Platz in der Moschee am Bahnhof nicht mehr ausreiche, sagte Usama Almousa vom Vorstand der Islamischen Gemeinschaft in Emden (IGiE). Insbesondere zu den Gebetszeiten am Freitag und im Ramadan sei es dort sehr eng geworden. Zur neuen Moschee gehörten zurzeit 64 Familien, insgesamt etwa 210 Personen. Die Moschee gehöre keinem Verband an und sei komplett unabhängig, so Almousa. „Unsere Türen stehen allen offen.“

Von einem „besonderen Tag“ sprach Oberbürgermeister Tim Kruithoff (parteilos) im Beisein zahlreicher Ehrengäste. Die islamische Gemeinde sei Teil der Stadtgesellschaft und zugleich ein Beleg für die Vielfalt in Emden. Es gebe kein „Die“ oder „Wir“ bei der Frage, wer zu Emden gehöre ([mehr](#)).

1.2. Was sonst noch war

– Braunschweig: Bundesverwaltungsgericht: Verbot der salafistischen „Deutschsprachigen Muslimischen Gemeinschaft“ (s. Mitteilungen 5/2024, S. 1) muss trotz Insolvenz weiter verhandelt werden ([mehr](#))

– Isernhagen: Anwohner beschwerten sich über Lärmbelästigung durch Gottesdienste der Freikirche „Hannover-Hannover“ ([mehr](#))

– Hannover: Rainer Müller-Brandes wird neuer Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Münster: Islamisch-theologische Fakultät der Universität feierlich eröffnet

Die erste Islamisch-theologische Fakultät Deutschlands ist an der Universität Münster feierlich eröffnet worden. An dem Festakt im Schloss nahmen gut 300 Gäste aus Politik, Hochschulen und Religionsgemeinschaften teil.

Der Gründungsdekan der Fakultät ist Professor Mouhanad Khorchide. Er sagte, es gehe darum, eine Islamische Theologie „in und für Europa“ zu gestalten. „Wir dürfen die Verkündigung absoluter Wahrheiten nicht mit der rationalen Reflexion des Glaubens verwechseln“, so Khorchide. Eine Fakultät sei keine Kanzel. „Diese Fakultät braucht die volle Freiheit der Wissenschaft, frei von jeder Bevormundung durch den Staat, durch Verbände oder durch den Erwartungsdruck der eigenen Gemeinschaft“, sagte Khorchide. Diese Freiheit sei zutiefst islamisch. Er forderte dazu auf, sich von Apologetik und Opferdiskursen zu verabschieden. Der Islam habe viel zu geben, sagte er und verwies auf die „reiche Ethik der Barmherzigkeit“.

Es schmerze ihn, dass die großen islamischen Verbände Münster bis heute kaum an ihren eigenen Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen beteiligten, so Khorchide weiter. Er vermisse vielerorts den Willen, „endlich einen Islam aufzubauen, der aus Deutschland kommt und für Deutschland da ist“.

Im Beirat der Fakultät sitzen je zwei Vertreter des Moscheeverbands DITIB, des Islamrats und des Zentralrats der Muslime. Der Beiratsvorsitzende Kemalettin Oruç (DITIB) sagte beim Festakt, die Fakultät solle wissenschaftliche Qualität, religiöse Glaubwürdigkeit und gesellschaftliche Verantwortung verbinden. Unverzichtbar seien dafür Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, methodische Sorgfalt und Offenheit für unterschiedliche begründete Positionen.

Zugleich verwies er auf die Erfahrungen der Gläubigen und warnte davor, „die vermeintlich liberale Universität“ den „vermeintlich konservativen Gemeinden“ gegenüberzustellen. Das werde weder der Vielfalt theologischen Denkens noch den Gläubigen oder der Wissenschaft gerecht. Aufgabe des Beirats sei es, Brücken zu den Religionsgemeinschaften zu bauen, so Oruç. „Wir brauchen eine Islamische Theologie, die in Deutschland beheimatet ist. Beheimatung bedeutet jedoch nicht Entwurzelung.“

Der Rektor der Universität, Johannes Wessels, sprach von der „Vollendung eines sehr langen Weges“. Er dankte insbesondere dem Beirat, der das Vorhaben sehr lange inhaltlich begleitet habe. Es seien komplizierte Gespräche gewesen, die aber am Ende dazu geführt hätten, dass alle vom Ergebnis überzeugt seien. Die Fakultät werde am neuen „Campus der Theologien und Religionswissenschaften“ angesiedelt, so Wessels. „Hier wird ein Hotspot für den interreligiösen Diskurs entstehen.“

Die Vorsitzende der Evangelischen Kirche von Westfalen, Adelheid Ruck-Schröder, erinnerte an die Gründung der evangelischen Fakultät in Münster im Jahr 1919. Diese sollte damals im katholischen Münster den Evangelischen eine Stimme geben. Gleiches wünsche sie nun den Muslimen und ihrer Fakultät.

Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Heiner Wilmer, sagte, jede Theologie, ob christlich, islamisch oder jüdisch, müsse wach, leidensensibel und ethisch orientiert sein. Gerade in Zeiten von Polarisierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit habe Theologie eine besondere Verantwortung, an den Herausforderungen der Gesellschaft zu arbeiten.

Der Schritt zur Fakultät gilt als ein Meilenstein in der Etablierung islamischer Theologie an deutschen Universitäten. Eine Fakultät kann sich eine Studienordnung geben, Studiengänge einrichten, Prüfungen abnehmen sowie Promotionen und Habilitationen durchführen. An der neuen Fakultät lehren acht Professoren. Vorläufer waren das „Centrum für Religiöse Studien“ (seit 2003) und das „Zentrum für Islamische Theologie“ (seit 2012) ([mehr](#)).

2.2. Stuttgart: 45 Städte treffen sich zum Neunten Bundeskongress der Räte der Religionen

Vom 11.–12. Oktober trafen sich mehr als 90 Teilnehmende aus 45 Städten zur 9. Jahrestagung des Bundeskongresses der Räte der Religionen in Stuttgart. Der Kongress widmete sich dem Thema „Religion – Bedrohung oder bedroht?“

Beim öffentlichen Abendempfang im Weißen Saal des Neuen Schlosses waren unter anderem der baden-württembergische Sozialminister Oliver Hildenbrand (Grüne) und der Stuttgarter Bürgermeister Dr. Clemens Maier anwesend. Beide betonten die Bedeutung der Räte der Religionen, deren Dialoge „gelebte Demokratie“ darstellten. Den Hauptvortrag hielt der baden-württembergische Landesbeauftragte gegen Antisemitismus, Michael Blume. Er mahnte, auch die bösen Seiten der eigenen religiösen Tradition zur Kenntnis zu nehmen und sich kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen.

2027 findet der Bundeskongress in Paderborn und Bad Lippspringe statt (5.–6.9.). Dem neu gewählten Sprecher*innenrat des Kongresses gehören an: Monika Bunk (Marburg), Susanne Jakubowski (Stuttgart), Antje Lütkeemper (Bad Lippspringe), Issmail Mouliji (Potsdam), Prof. Dr. Wolfgang Reinbold (Hannover), Jan Schumacher (Paderborn) und Prof. Dr. Joachim Valentin (Frankfurt) ([mehr](#)).

2.3. Rom: Drei vatikanische Dikasterien veröffentlichen Note zum interreligiösen Dialog

Der Vatikan hat eine gemeinsame Note dreier Dikasterien zum Interreligiösen Dialog veröffentlicht. Der Text würdigt die Erklärung „Nostra aetate“ des Zweiten Vatikanischen Konzils aus dem Jahr 1965. Zugleich beleuchtet er wichtige Entwicklungen in der Zeit danach, insbesondere die Haltung der Päpste Paul VI., Johannes Paul II., Benedikt XVI., Franziskus und Leo XIV. zum Interreligiösen Dialog.

Insgesamt sei eine „durch die nachfolgenden Päpste bereicherte Kontinuität“ festzustellen, so die Note. Heute stehe der Dialog vor neuen Herausforderungen. Nötig sei eine „offene, wohlwollende und mutige Haltung“. „Monolithische und isolierte, eine engstirnige Sichtweise auf die Wirklichkeit fördernde Modelle erweisen sich zunehmend als unzulänglich und sind letztendlich Quelle von Gewalt und Leid für die Schwächsten. Die abweisende Verteidigung der eigenen Position und der Proselytismus als einzige Form der Begegnung mit dem ‚Anderen‘ haben keinen Sinn mehr in einer Welt, die immer mehr einem vernetzten und ständig in Bewegung befindlichen globalen Dorf gleicht“ ([mehr](#)).

2.4. Belgrad: Patriarch der Serbisch-Orthodoxen Kirche ehrt Kriegsverbrecher Mladić

Mehr als 300 orthodoxe Priester nahmen in Belgrad am Gedenkgottesdienst für Ratko Mladić teil. Unter den Trauergästen waren auch mehrere Vertreter der serbischen Regierung sowie der serbisch-nationalistische Politiker Milorad Dodik aus der bosnischen Teilrepublik Republik Srpska. Der Patriarch der Serbisch-Orthodoxen Kirche, Porfirije Perić, leitete die Beisetzung.

In seiner Predigt relativierte Perić das Urteil des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, das Ratko Mladić 2017 unter anderem wegen Völkermords zu lebenslanger Haft verurteilt hatte. „Er brachte ein Opfer und gab sein Leben für die Verteidigung und das Überleben seines Volkes hin“, so der Patriarch. Mladić werde „tief in der Erinnerung und in den Gebeten des Großteils des serbisch-orthodoxen Volkes verankert bleiben“.

Mladić war am 27. August im Gefängnis-Krankenhaus in Den Haag gestorben. Sein Name ist vor allem mit dem Massaker von Srebrenica im Jahr 1995 verbunden. Serbische Truppen stürmten unter seinem Kommando die UN-Schutzzone und ermordeten etwa 8.000 muslimische Männer und Jungen. Ebenso wurde Mladić für Verbrechen während der knapp vierjährigen Belagerung der bosnischen Hauptstadt Sarajevo verurteilt. In Serbien wird Mladić dessen ungeachtet von vielen als Held verehrt.

Die Ehrenbezeugungen und die Ankündigung eines Begräbnisses „mit allen militärischen und staatlichen Ehren“ hatten schon im Vorfeld für Spannungen zwischen Serbien, seinen Nachbarstaaten und der Europäischen Union gesorgt. EU-Erweiterungskommissarin Marta Kos sagte ihren geplanten Besuch in Belgrad ab: Die Verherrlichung Mladićs sei unvereinbar mit den Werten, auf denen der Weg in die EU gründe, sagte sie ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

- Bremer Friedenstunnel feiert 25 Jahre Verständigung ([mehr](#))
- Bremen: Irakischer Anhänger des „Islamischen Staats“ plante offenbar Anschlag auf eine Kirche; Festnahme durch die Bundespolizei in Brandenburg ([mehr](#))
- Berlin: Diskussion über Antisemitismus in der Links-Partei nach Wahlsieg in Berlin und Skandal um Auftritt des Rappers „Dahabflex“ ([mehr](#))
- Bundesanwaltschaft klagt sieben mutmaßliche Hamas-Unterstützer an ([mehr](#))
- England: Regierung verhängt Importstopp für Waren aus den Siedlungen im Westjordanland ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

Soziale Beziehungen erholen sich; Religion kann soziale Beziehungen festigen

Die Bertelsmann-Stiftung hat zentrale Ergebnisse des Religionsmonitors 2026 veröffentlicht. Danach hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland nach einem starken Rückgang im Jahr 2023 teilweise erholt. Religion sei „eine relevante soziale Ressource“, so die Stiftung. Wichtige Ergebnisse:

- Der Gesamtindex des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist wieder über 50 Punkte gestiegen, der zuvor beobachtete Abwärtstrend hat sich nicht fortgesetzt (2023: 46; 2026: 51; zum Vergleich: 2017: 54). Das politische Interesse erreicht mit 65 Punkten seinen höchsten Wert.
- Religion kann soziale Beziehungen festigen, Hilfsbereitschaft fördern und Menschen zum Engagement motivieren. Sie ist „in einer zunehmend säkularen Gesellschaft eine relevante soziale Ressource“, sagte Yasemin El-Menouar von der Bertelsmann-Stiftung.

Das Potenzial für den gesellschaftlichen Zusammenhalt kommt in den Religionsgemeinschaften auf unterschiedliche Weise zum Vorschein:

- Bei katholischen und evangelischen Befragten steigen die Gesamtwerte mit zunehmender Religiosität.
- Bei muslimischen Befragten steigen die Werte zum Teil (soziale Beziehungen, Gemeinwohlorientierung), zum Teil sinken sie (Verbundenheit mit dem Gemeinwesen, 28 Punkte bei Hochreligiösen). Die Autoren der Studie sehen Erklärungen dafür in einer „begrenzten öffentlichen Anerkennung“ für Muslime, mangelnder Repräsentation und „häufig negativ“ geführten öffentlichen Debatten.

Die Stiftung gibt drei konkrete Handlungsempfehlungen: Das institutionelle Vertrauen solle „durch bürgernahe Politik und wirksame Beteiligung“ gestärkt werden. „Soziale Orte und gemeinsames Engagement“ sollten dauerhaft gefördert werden. Religiöse Vielfalt solle „strukturell und symbolisch“ anerkannt werden. Dazu heißt es:

„Muslimische, jüdische und andere religiöse Gemeinschaften sollten deshalb stärker mit ihren Anliegen berücksichtigt und dauerhaft in kommunale Beratungs- und Gestaltungsprozesse einbezogen werden. Interreligiöse Gesprächsforen, wie es sie in Form von Runden Tischen und Räten der Religionen in vielen Kommunen bereits gibt, bringen vielfältige religiöse Stimmen in die Öffentlichkeit und tragen zur Konfliktlösung bei.“

Für die Erhebung hat das ifas Institut für angewandte Sozialwissenschaft im März 5.231 Menschen ab 18 Jahren online befragt ([mehr](#)).

4. Veranstaltungen

Was hält die postmigrantische Gesellschaft zusammen?

Perspektiven auf Zugehörigkeit, Teilhabe und Demokratie

7.–8. Dezember 2026, Evangelische Akademie Loccum

Veranstalter: Ev. Akademie Loccum, Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (Evangelische Agentur)

Leitung: Jordanka Telbizova-Sack, Wolfgang Reinbold

Referent:innen: Erol Yildiz, Hendrik Simon, Matthias Schulze-Böing, Werner Hülsmann, Eter Hachmann, Ali Ertan Toprak, Ayten Kılıçarslan, Barbara Hartung, Kai Unzicker, Björn Thümler, Peter Unfried, Claire Schaub-Moore, Aladdin Beiersdorf-Ei Schallah, Sidney Oliveira, Ali Doğan, Dennis Chiponda, Engin Karahan, Jürgen Manemann ([mehr](#)).

Hannover, den 13.10.2026

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.